

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Wilsdruff: Die 2. Spalte der 2. Seite des 2. Heftes, die 4. Spalte der 2. Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Meissen, die 2. Spalte der 2. Seite des 2. Heftes, die 4. Spalte der 2. Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Meissen, die 2. Spalte der 2. Seite des 2. Heftes, die 4. Spalte der 2. Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Meissen.

Kr. 53. — 87. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden — Postfach: Dresden 2640 — Freitag, den 2. März 1928

Spiel mit Worten.

Anfang März ist wieder einmal eine Völkerverversammlung fällig und das Programm, das abgewickelt werden soll, ist zwar sehr lang, aber nicht sehr inhaltsreich. Doch enthält es nicht ganz die Frage des „Waffenstillstandes“ Gegenstand der Verhandlungen sein. Dabei kann es zu recht erregten Auseinandersetzungen kommen, weil besonders Frankreich eine drohende Sprache führt und offenbar die Frage des „Investigations“ rechtlich, also der Militärkontrolle lediglich über die Mittelmächte, zur Entscheidung bringen will. Zu erwarten war, daß endlich auch darüber Beschlüsse gefaßt werden, wie oft überhaupt Beschlüsse des Völkerbundes ratifiziert werden. Der Völkerbund selbst tritt ja zweimal im Jahre zusammen und die Kostspieligkeit des hierfür angelegenen Apparates sieht, die jetzt wenigstens, in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit. Denn die Arbeit der kleinen und mittleren Staaten hat ja überhaupt nicht viel zu sagen; die maßgebenden politischen Entscheidungen fallen doch im Kreis der Großen, also im Völkerbundrat. Was da in Privatgesprächen, bei Verhandlungen unter vier oder sechs Augen vor sich geht, pflegt viel wichtiger zu sein, als was die Räte- oder Bundesversammlungen vor der Öffentlichkeit produzieren. Es sind jetzt noch schwer zu übersehende Bestrebungen im Gange, den ganzen Apparat dadurch zu vereinfachen, daß der Präsident des Völkerbundes — übrigens zurzeit ein Chinese — eine größere Machtvollkommenheit erhält, nicht in all und jedem genötigt ist, immer erst die „Prominenten“ des Völkerbundes, also England und Frankreich, um Zustimmung zu ersuchen. Der Waffentransport nach Ungarn war die Veranstaltung zu beratigen Vorschlägen. Freilich steht im Hintergrund die Gesamfrage des Kontrahents, die seit dem September 1924 den Völkerbund beschäftigt, aber immer noch nicht die eine Regelung und Form gefunden hat, daß Deutschland sich damit einverstanden erklären könnte.

Ebenso vergeblich geblieben ist die Beratung der Sicherheitskommission des Völkerbundes. Man ist sich über die Grundvoraussetzungen noch immer nicht einig, nicht einmal darüber, ob es nicht wichtiger ist, durch ein vielverzweigtes System von internationalen Verträgen den Frieden möglichst zu sichern, oder ob das Hauptgewicht darauf zu legen ist, ein Schiedsverfahren und sonstige Maßnahmen vorzubereiten, die im Falle „drohender Kriegsgefahr“ funktionieren sollen. Die deutsche Delegation — übrigens auch die Engländer — stellt mit ihren Anträgen auf das zweite ab, während Frankreich und Polen Vertreter unbedingt an der Durchführung eines weitumfassenden Vertragssystems festhalten, — bei dem der Völkerbund selbst praktisch ausgeschaltet, die Sicherheitskommission überflüssig wird. So einfach, wie die Franzosen es hinstellen, ist es aber doch nicht; ist doch auch die Abkehr von den mit den Vereinigten Staaten einen Sondervertrag unter Aufhebung jedes Krieges zwischen den beiden Staaten abzuschließen, jetzt durch eine neue Note des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg in aller Deutlichkeit abgelehnt worden.

Eine französische — übrigens politisch rechtsstehende — Zeitung hat wohl das Richtige getroffen, wenn sie schreibt, diese ganze „Friedenstechnik“ bleibe solange ein Spiel mit Worten, als es in Europa Staaten gibt, die machtpolitisch gefügig sind und deswegen alles Interesse an der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes haben, auf der anderen Seite aber die ehemaligen Mittelmächte und das „zu kurz gekommene“ Italien, für die dieser jegliche Zustand unerträglich ist und die infolgedessen nur ein Aushilfszucken für diese „Friedenstechnik“ haben, „die das egoistische Interesse der Sieger zu einem Menschheitsideal gestalten will“.

Solange das bestehende bleibt, wird man in Genf Eishöhlenarbeit verrichten.

Die deutschen Anregungen.

Das Sicherheitskomitee beschloß, die Weiterberatung der deutschen Anregungen auf die nächste Tagung zu verschieben. Die Regierungen, die einen dahingehenden Wunsch haben, sollen in der Zwischenzeit ihre Bemerkungen zu den deutschen Anregungen in ihrer jetzigen Form einreichen. Die bekannten deutschen Vorschläge, die Herr von Simson wiederholt begründete, laufen darauf hinaus, den Hauptwert von vornherein auf die Verhinderung eines Kriegsausbruches zu legen, statt auf Sicherheitsvorkehrungen nach ausgebrochenem Krieg zu vertrauen. Zum ersten Male stimmte der französische Vertreter Paul-Boncour dem deutschen Plan in seinen Grundlinien zu. Ebenso billigte Polen den Geist der deutschen Wünsche.

Das Gesetz zum Schutze der Jugend im Notprogramm.

Berlin, 2. März. Wie der Volksanzeiger erzählt, haben sich die bisherigen Regierungsparteien dahin geeinigt, das Gesetz zum Schutze der Jugend vor Eishöhlen mit in das Notprogramm aufzunehmen.

Das freigegebene deutsche Eigentum

Das amerikanische Freigabegesetz.

Coolidge muß noch unterzeichnen. Der Senat der Vereinigten Staaten hatte schon vor einigen Tagen das langumkämpfte Gesetz über die Freigabe des im Kriege beschlagnahmten fremden Eigentums, wobei hauptsächlich deutscher, dann auch österreichischer Besitz in Frage kommt, angenommen. Nunmehr hat auch die Vollversammlung des Repräsentantenhauses dem Gesetz zugestimmt, womit es, bis auf die nur noch als Formalität anzusehende Unterschrift des Präsidenten Coolidge, in Kraft tritt.

Es ist damit zu rechnen, daß die Verkündung des Gesetzes bereits in den nächsten Tagen erfolgt. Nachdem schon im Jahre 1923 durch die sogenannte „Winstow-Bill“ eine teilweise Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums erfolgt war, bewirkt das neue Gesetz nunmehr die Freigabe des gesamten Eigentums. Sie ist zwar mit gewissen Bedingungen verknüpft, die die Sicherstellung amerikanischer Ansprüche gegen Deutschland bezwecken, das vermag aber nichts an der bedeutsamen Tatsache zu ändern, daß sich die Vereinigten Staaten mit diesem Gesetz zu der Auffassung zurückgefunden haben, daß die im Vertrauen auf Staatsverträge und die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts im Ausland angelegten Kapitalien auch im Falle eines Krieges den rechtmäßigen Eigentümern erhalten bleiben.

Einzelbestimmungen.

Das Freigabegesetz bestimmt, daß die deutschen Eigentümer zunächst 80 Prozent ihres Eigentums zurück erhalten. Die restlichen 20 Prozent werden vorläufig zur Verfügung eines Spezialfonds gehalten, aus dem allmählich die amerikanischen Forderungen an Deutschland und die deutschen Eigentümer befriedigt werden sollen. Für die Bezahlung der von der amerikanischen Regierung übernommenen deutschen Schiffe, Patente und Ausfaktationen ist in dem Gesetz ein Höchstbetrag von 100 Millionen Dollar ausgeschrieben.

Aber die Höhe der Einzelsprüche dieser Art entscheidet ein amerikanischer Schiedsrichter, der eine prozentuale Verminderung der Einzelsprüche vorzunehmen hat, wenn der Gesamtbetrag die 100 Millionen Dollar überschreiten sollte. Von den anerkannten Forderungen werden 50 Millionen Dollar den Forderungsberechtigten sofort nach Feststellung der Höhe der Forderungen ausbezahlt, während die anderen 50 Millionen Dollar bis auf weiteres ebenfalls dem Spezialfonds zur Regelung amerikanischer Ansprüche zur Verfügung bleiben.

Baldige Anmeldung.

Für die Anmeldung der deutschen Ansprüche sind in dem Gesetz bestimmte Fristen festgesetzt, die verhältnismäßig kurz bemessen sind. Es erscheint daher dringender, daß die Interessenten ihre Ansprüche möglichst bald geltend machen. Sobald das Auswärtige Amt in Berlin diese Vorarbeiten zur Kenntnis bekommen, werden sie der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Dann ist noch zu bemerken, daß das Freigabegesetz die Befreiung der

letzten unvollständigen Reste aus der Kriegszeit und damit die endgültige Liquidierung des Krieges gegenüber den Vereinigten Staaten bedeutet.

Einreichung von Anträgen.

Nach Inkrafttreten des Freigabegesetzes erfolgt die Freigabe nicht von Amts wegen, sondern sie ist von der Einreichung eines Antrages abhängig. Die Form des Antrages und die beizufügenden Eigentumsnachweise müssen den Vorschriften des Treuhänderamtes entsprechen. Der Antrag kann durch eine bevollmächtigte Interessenvertretung eingebracht werden. Der Freigabeanspruch verfallt, sofern der Antrag nicht innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes eingebracht und das Bestrecht nachgewiesen ist. Freigabekläger haben zu erklären, daß für eine große Anzahl von beschlagnahmten Vermögenswerten der rechtmäßige Eigentümer bislang nicht ermittelt ist. Deutsche Firmen oder Privatpersonen, bei denen die Möglichkeit besteht, daß sie, sei es aus Vorkriegsangehörigkeiten, Bausparleistungen, Erbchaft oder aus anderen Gründen, ein Gut haben in Amerika haben, sollten demzufolge unverzüglich entsprechende Erklärungen einreichen. Voraussetzungen für jede Freigabe, deren Wert die Grenze von 200 Dollar übersteigt, ist die Abgabe einer Einverständniserklärung für die einstweilige Einbehaltung von 20 Prozent des Vermögenswertes. Die bisher von dem Treuhänderamt vorgeschriebenen Anträge oder Vertretungsmachtverordnungen der deutschen Eigentümer müssen demnach dem Zusatz erhalten. Bei der Ausfolgung der Vermögenswerte ist dem Treuhänderamt eine Entlassungsurkunde zu erteilen; die Eigentümer werden auf daran tun, vorher eine Nachprüfung der Rechnungsbücher des Treuhänderamtes vorzunehmen. Alle Fälle, in denen nicht genügend Beschlüsse vorhanden sind, um die Abweisung der einstweilen einbehaltenen 20 Prozent des Vermögenswertes in bar zu ermöglichen, den deutschen Eigentümern aber daran gelegen ist ihre beschlagnahmten Sachwerte, wie Grundbesitz, Wertpapiere usw., unverändert in natura zurückzubekommen, steht das Freigabegesetz vor, daß entsprechende Beschlüsse zum Abfassen der Sachwerte vorgenommen werden können.

Deutscher Besitz in anderen Ländern.

Bei der Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten ist es von Interesse, festzustellen, wie sich die übrigen ehemals feindlichen Staaten zum deutschen Auslandseigentum aus der Vorkriegszeit verhalten. Bekanntlich haben die ehemaligen Gegner im Artikel 207 des Versailler Vertrages es sich vorbehalten, dieses Eigentum zurückzubehalten und zu liquidieren.

Die südamerikanischen Staaten haben von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht. Mit China, der südamerikanischen Union, Japan, Frankreich, Italien, Portugal und Jugoslawien ist eine befriedigende Regelung der Frage durch vertragliche Abmachungen erfolgt. Dagegen hat Großbritannien bisher die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums grundsätzlich weder zugestanden, noch die Liquidation eingeleitet. Es hat sich darauf beschränkt, den Hausat freizugeben und einem Gnadenausschuß beim Handelsministerium die Befugnis zu Freigabebemerkungen in gewissen besonders gelagerten Fällen zu erteilen.

Das gleiche gilt für sämtliche britischen Kolonien, Kanada, Neuseeland und Australien. Ebenfalls hat Belgien in der Frage des deutschen Eigentums bisher Zugeständnisse von irgendwelcher Bedeutung gemacht.

Hessens Staatspräsident über die Befegung.

Baldige Räumung dringend notwendig.

In einer Sitzung des Finanzausschusses des Hessischen Landtages machte der neue Staatspräsident Adlung längere Ausführungen über das hessische besetzte Gebiet. Die hessische Regierung, so führte er aus, weiß sich einzig mit den nachhaltigen Bestrebungen der Reichsregierung, die baldige Räumung des besetzten Gebietes zu erreichen, da nach Locarno und dem Abschluß des Dawes-Abkommens eine innere Berechtigung für die Befegung nicht mehr vorhanden ist. Die hessische Regierung billigt die von dem Reichsminister des Auswärtigen beschrittenen Wege.

Der Staatspräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, unsere Brüder im besetzten Gebiet möglichst bald von dem Druck der Besetzung zu befreien. In kultureller Hinsicht müsse das Reich so ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, daß wertvolle Kulturinstitutionen auf der bisherigen Höhe erhalten werden können. Wenn man an die engen wirtschaftlichen Beziehungen denke, die zwischen Rheinhesse und Elsaß-Lothringen bestanden haben, und die durch die neue Grenzziehung restlos zum Erliegen kamen, so sollte man annehmen, daß das hessische besetzte Gebiet, zum mindesten die Provinz Rheinhesse, aus diesem Fonds bedacht werden müßte. Hessen habe im Reichsrat beantragt, daß es nicht anders behandelt werde wie die Pfalz und die preussischen Gebiete links des Rheins.

Die bisherige Besatzungsverminderung habe dem besetzten Rheinhesse kaum Erleichterungen gebracht. Fast

20.000 Mann fremdes Militär befänden sich auf hessischem Boden. 26,5 Prozent der Bevölkerung. Die Befestigung des besetzten hessischen Gebietes mache aber nur 13,1 Prozent der Gesamtbevölkerung des besetzten Gebietes aus. Niemals dürfe man den Druck der Besetzung vergessen.

Bauernnot ist Volksnot!

Dresden, 29. Februar. Das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (ev. von der Goltz) erläßt folgenden Aufruf: Die Kolosse der Landwirtschaft ist zu einer unmittelbaren Gefahr für jeden Volksgenossen geworden. Die Industrie erkennt, daß sie neben einer verlorenen Landwirtschaft selbst verloren ist. Die deutsche Arbeiterchaft sieht den Not ab, auf dem sie selber steht, wenn sie sich durch die marxische Hege weiter in Blindheit halten läßt und nicht erkennt, daß sie auf Gedeih und Verderb verbunden ist mit dem Schicksal des deutschen Bauern, mit dem Schicksal der deutschen Landwirtschaft. Die V. v. V. stellen sich geschlossen und entschlossen neben die Landvolkbewegung und vor ihre Forderungen und rufen alle Einseitigen in unserm Volke, alle die auf, die noch gesunden Selbsthaltungstrieb haben und die nicht verhungern wollen, die Zeichen der Zeit erkennen und an ihrem Teil mitzuhelfen, daß das Staatssteuern endlich umgestellt werde.

Friedrich Rückert an die Gegenwart.

Von seinen Nachfolgern.

Die ihr in alle Welten Mit eurer Liebe laßt, Und habt dafür nicht seiten Nur Spott und Hohn erkauf't.

Verbundenheit von Land und Stadt.

Von

Oekonomierat Dr. h. c. Franz Schiffler, Sternberg-Grundhof, W. d. V. L.

Von der deutschen Produktion, das ist die landwirtschaftliche, ist Wohl und Wehe der deutschen Gesamtwirtschaft abhängig.

Die Agrarkrise schlägt ihre Wellen auch besonders in die mittleren und kleinen Städte, deren wirtschaftliche Existenz mit der Kaufkraft ihrer ländlichen Abnehmer besonders verbunden ist.

Im Defizit unserer Handelsbilanz zeigt sich, daß u. a. die Einfuhr von über drei Milliarden Goldmark Nahrungsmitteln gesehen wurde.

Die Landwirtschaft ist mit den Preisen für ihre Erzeugnisse hemmungslos in den Weltmarkt hineingeworfen.

Die besten Siedlungsabsichten müssen an der Unrentabilität des landwirtschaftlichen Gewerbes scheitern. Damit hand in Hand geht eine dauernde Entvölkerung unserer Ostprovinzen.

landwirtschaftlichen Erzeugungstrait und Indebewegungslegen der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse treten ein.

Deutscher Reichstag.

(390 Sitzung.) OB. Berlin, 1. März.

Die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft wurde fortgesetzt.

Der Redner warf schließlich der Regierung vor, daß sie nicht rechtzeitig etwas getan habe, um die Entwicklung der landwirtschaftlichen Krise aufzuhalten.

Abg. Buh (Komm.) erklärte, die Not der kleinen und mittleren Bauern sei viel größer als die der Großgrundbesitzer.

Abg. Kling (Bauer. Bauernbund) erklärte, das einzige Mittel an dem Hilfsprogramm sei die Aufhebung des zollfreien Getreidekontingentes.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) warf der Sozialdemokratie vor, daß sie mit dem Dawes-Pakt die Not der Landwirtschaft verschuldet habe.

Abg. Weidenhöfer (D.D.) machte die Erfüllungspolitik für die Not der Landwirtschaft verantwortlich.

Abg. Döbrich (Chr.-Nat. Bauernpartei) meinte, die Landwirtschaft leide ebenso wie andere Wirtschaftszweige darunter, daß die wirtschaftlichen Fragen von den politischen Parteien im Parlament nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt würden.

Reichsernährungsminister Schiele

begrüßt die Objektivität, mit der der sozialdemokratische Abgeordnete Tempel das Regierungsprogramm behandelt hätte.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) wies die Angriffe zurück, die im Laufe der Debatte gegen die sozialdemokratische Agrarpolitik gerichtet worden waren.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Aman Allah in Dessau.

Eine Spende für die Armen.

Der König von Afghanistan traf in Begleitung der Königin und mit zahlreichem Gefolge, darunter mehreren Herren vom Berliner Auswärtigen Amt, auf dem Bahnhof in Dessau ein.

Für die Armen Berlins hat Aman Allah 1000 englische Pfund (20 000 Mark) gespendet, die dem Magistrat Berlin zu Händen von Oberbürgermeister Vöhl übergeben werden.

In den nächsten Tagen wird der König u. a. Dresden und Leipzig besuchen.

Afghanisches Alerlei.

Während man von dem König von Afghanistan, Aman Allah heißt, scheint der Name der Königin noch immer nicht festzusetzen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Den Deutschen gütliche Entscheidung in Oberschlesien.

In dem oberbesessenen Dorf Janow befindet sich vor drei Jahren eine einflügelige deutsche Mindererschule, in dem benachbarten Ritsch-Schacht eine mehrflügelige. Beide Orte wurden zusammengelegt.

Kein Reichskommissar für Landwirtschaftspolitik.

In einer Berliner Zeitung war gemeldet worden, die Reichsregierung beabsichtige zur Durchführung des Maßnahmen, die zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft in Aussicht genommen sind.

Deutsch-polnische Grenzzone.

Der deutsche Reichs- und Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission für Oberschlesien hat bei der Gemischten Kommission die Feststellungsfrage eingereicht, die die Frage der von Deutschland behaupteten Rechtsgültigkeit der bekannten polnischen Grenzonenverordnung für Polnisch-Oberschlesien betreffen soll.

Die Regierungsfrage in Mecklenburg-Strelitz.

In der Mittwochssitzung des Landtages von Mecklenburg-Strelitz wurde durch Stimmeneinheit den in der vorigen Sitzung berufenen und gleich darauf wieder gestürzten Ministern von Reibnitz und Dr. Heiber die Recht abgesprochen, eine Regierung geschäftsmäßig zu führen.

Frau Agnes und ihre Kinder

Der Roman einer Mutter - von Fritz Hermann Gläser

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Dwölftes Kapitel.

Frau Agnes' Junge hat es bei dem Hartmann gar nicht schlecht. Dem kleinen Walter fehlt es sicherlich an nichts; er hat zu essen und zu trinken, sein Anzug wird instand gehalten und er wird besorgt und auch bemuttert.

Die Heiber-Viesel, wie man Hartmanns Frau noch immer nennt, ist schier vor Freude aus dem Häuschen, daß sie ihr Entsetz nun immer um sich hat. Sie weiß nicht, was sie ihm Liebes und Gutes antun soll.

Die Heiber-Viesel möchte sich vor Fleiß und Eifer selbst zerreißen. Was sie dem Hartmann schafft, ist mehr, als ihm zwei Wägel und ein Knecht an Arbeit leisten würden.

Inzwischen sind es der Bauerntrag und seine beiden Töchter aus erster Ehe, naseweise, schnippsche, hochmütige Bauernpuppen, die sich mit grober Arbeit umgern die Hände beschmutzen, gern kommandieren und alles besser wissen, und obenrein zu zweien sich den Platz im Hause teilen, der Hartmanns Weib ganz allein zusehen sollte.

Sie haben sie davon verdrängt und zum Gefinde hingetrieben. Die Heiber-Viesel hat das arglos hingenommen, der Hartmann seine Kinder schamlos gelad gewähren lassen.

und deshalb weiß er nicht, was er an Fleiß und Kraft von seinem Weibe und den Arbeitern verlangt. Die Heiber-Viesel ist dagegen klein und schwächlich, gütig und willig. Das Tagewerk, wie es der Hartmann einteilt und bestimmt, fällt ihr mitunter unermesslich schwer.

Und doch! Und doch!

„Es wird jetzt weniger geschafft als früher“, weiß Hartmanns Kellner dem Bauerntragen eines Tages zu sagen.

„Der Junge hält uns von der Arbeit ab.“

„Der Junge hält uns von der Arbeit ab?“ Die Heiber-Viesel hat es erschrocken aufgesaugen. „Du wirst wohl sagen: mich, mich hindert er vielleicht am Schaffen.“

(Fortsetzung folgt)

... zu bringen. ...

Vermischtes.

Entlohnung vor Gericht. Ein schon mehrfach vorbestrafter Mann aus Bann...

Turnen, Sport und Spiel

Gaugruppe „Elbtal“ der D. T.

Der 3. Tag der Auscheidungen in der Gaugruppe Elbtal D. T. Wichtige Entscheidungen werden am Sonntag fallen.

Fußball. Die Mannschaft des Turnvereins hat sich für kommenden Sonntag die 1. Kl. des Sportvereins...

Homburg. Die Handballmannschaft fährt nach Dresden und trifft im Rückspiel auf die 1. Mannschaft...

Wandernacht Berlin-Leipzig.

Die bundesweite Straßenzugfahrt 1928 des Völkerschlagans im Hund...

In der Wochen-Eignungsprüfung für Jagdperde, eine der stanzunehmen der Deutschen...

Die letzte Zigarette.

Skizze von Hannes W. Walter, Orb.

Bedeckt stand die fünfte Kompagnie im Hohlweg. Am Mittag hatte sie gestärkt und war abgeklungen...

Nicht mehr planlos, wie in den ersten Wochen, streute der Rumäne seinen Geschloßhagel im Gelände...

Der Österreichische Sportverband für Körperkultur hat vorbereitende Maßnahmen getroffen...

Felker geschlagen. Felker startete in Kiewort im Madison Square Garden in einem Meilenrennen...

Gereinigte Zeitbilder.

Von Gottlieb.

Wir werden also dies erleben: Der „Duce“ wird sich nach erheben und reden über Südtirol...

Steuertaxen für März.

Von Gustav Rimm, Neufölln.

5. März: 1. Ablieferung der für die Zeit vom 16. bis 22. Februar 1928 einbehaltenen Steuerabzüge...

10. März: 1. Umschlagveranmeldung und Umschlagsteuer...

20. März: Abrechnung der für die Zeit vom 1. bis 15. März 1928 einbehaltenen Steuerabzüge...

Rundfunk-Programm

Rundfunk Leipzig (Welle 365,8), Dresden (Welle 294).

Sonntag, 3. März. 15. Musikalische Kaffeestunde. 16. Gr. Schauspielhaus Berlin: Achte Einmale von Gustav Mahler...

Sonntag, 3. März. Berlin Welle 484 und ab 20.30 Welle 1250.

16.00: Übertrag aus dem Gr. Schauspielhaus: Achte Einmale von Gustav Mahler für zwei gemischte Chöre...

11.50-12.50: Künstlerische Darbietungen für die Schule: Frühlingslänge aus alter Zeit * 14.30-15.00: Kinderstunde...

raden in Rot! Hilf ihnen da vorn aus der Hölle! Die Augenlider flackerten vor Müdigkeit. Vangilett fragte...

Dann kam endlich Befehl: „Bataillon rückwärts sammeln im Grund. Sturm abbrechen.“ Die Kompagnie formierte sich...

Der andere griff in die Tasche, zog eine Zigarette hervor: „Es ist die letzte, aber Dir gebe ich sie gern.“

„Ist das die ganze Siebente?“ fragte der Leutnant der fünften Kompagnie einen alten Unteroffizier...

Da stürzten dem Leutnant die heißen Tropfen aus den Augen, zitterten wie Tau an den langen Wimpern...

